

TAGUNGEN

Perfektionismus mit Bremsblock in Straßburg

Im Schatten der gerade jetzt so eifrigen Bemühungen um die Erweiterung und die politische Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft mögen viele der Fragen, die im Mai und Juni vor dem *Straßburger Parlament* behandelt wurden, als zweitrangig erscheinen. Man wird sich jedoch hüten müssen, sie zu unterschätzen. Manche der bis zum äußersten Perfektionismus weitergetriebenen Regelungen auf dem Agrarmarkt können für die Einordnung der großen Lebensmittellieferanten England und Dänemark zu unüberwindlichen Hindernissen ihres Eintritts werden, den, soweit man sieht, alle für erforderlich halten. Gerade solche Länder aber wird man in den Gemeinschaften brauchen, nicht nur aus den bekannten politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich als Gegengewicht gegen die einseitige Bevorzugung der sogenannten „Grünen Front“.

Nachdem die Bundesregierung mit ihrer ultimativen Forderung nach Hochhaltung der Nahrungsmittelpreise den Ton dafür abgegeben hatte, melden sich jetzt kleine und kleinste Interessentengruppen mit dem Anspruch, auf Kosten eines Verbrauchermarkts von 160 Millionen das System der Abschöpfungen und Umlagen für sich selbst nutzbar zu machen. So etwa die Olivenbauern Italiens. Sie sind großzügig genug, direkte Subventionen für eine Rationalisierung abzulehnen, verlangen aber dafür, daß auf eingeführte und im Inland erzeugte Rohstoffe für Margarine eine Umlage erhoben und damit das Fett der armen Leute in den hauptsächlichlichen Verbrauchsgebieten Deutschland und Holland verteuert wird. Ihnen assistierten auch gleich die an Milch und Butter interessierten Kreise anderer Länder in der Hoffnung, so bessere Marktchancen für ihre ebenfalls verteuerte Ware zu erzielen. Oder ein anderer Fall: Die ebenfalls zahlenmäßig nicht allzu bedeutenden Produzenten von Reis in Italien und Frankreich nutzen die Nahrungskrise aus, die China im letzten halben Jahr an der Belieferung des Weltmarkts hinderte.

Im Zeichen der rührenden Devise „Brot für Brüder“ soll diese Mangellage dazu dienen, die Grundpreise der Reisbewirtschaftung nach dem erhöhten Stand des letzten Halbjahrs, nicht — wie ursprünglich vorgesehen — nach dem Durchschnitt des ganzen Erntesjahres festzusetzen.

Das Bild ähnelt aufs Haar dem Treiben der Lobbyisten in Bonn. In Straßburg war es bislang ungewohnt, da der politische Umschlagsplatz für die Gemeinschaften nicht dort, sondern in Brüssel oder Luxemburg ist. Zu erwähnen ist, daß immerhin die Margarinesteuer — so nannte sie die sozialistische Abgeordnete *Käthe Strobel* — vorerst hinausgeschoben wurde. Ob solchem Widerstand ein dauernder Erfolg beschieden ist, bleibt abzuwarten. Das sind Einzelheiten, aber bezeichnende Details aus der Fülle der Stellungnahmen, die vom Parlament verlangt wurden. Weit größere und grundsätzlich wichtige Perspektiven erschließen die Bemühungen um eine Koordinierung der Haushalts- und Finanzpolitik der beteiligten Länder, die erstmals in einem Bericht des zuständigen Ausschusses auf der Maitagung behandelt wurden. Der gegenwärtige Zustand begünstigt z. B. auf dem Gebiet der Umsatzsteuer und ihrer Rückvergütung beim Export eine Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen, wie sie ja gerade im Sinne der Rom-Verträge beseitigt werden sollen. Geht man aber an diese Fragen heran, dann ergibt sich auch das Instrumentarium für eine gemeinsame Konjunktur- und Wirtschaftspolitik zur Sicherung der Stabilität und des wirtschaftlichen Wachstums. Vorbedingung dafür ist die Aufstellung eines jährlichen Wirtschaftsbudgets, das die Planung ermöglicht und das dem Parlament vorzulegen wäre. Das hat aber wieder zur Voraussetzung, daß in allen Staaten der Sechs, nicht nur wie bisher in Frankreich und den Niederlanden, ein solches Wirtschaftsbudget vorgelegt wird. In die gleiche Richtung fallen Bemühungen um eine einheitliche Währungspolitik, die sich nach dem amerikanischen System der Federal Reserve-Banken durchführen ließe, ohne daß deshalb die Selbständigkeit der Zentralnotenbanken mehr angetastet würde, als es sich eben aus der Durchführung gemeinsamer Richtlinien für die Geld-, Kapitalmarkt- und Wirtschaftspolitik ergibt. Diese Dinge sind noch im

vollen Fluß und werden ihre Zeit brauchen; das Europäische Parlament ist aber darin recht aktiv, wie die ersten Stellungnahmen dazu zeigten.

Lebhaft kritisiert wurde in Straßburg, daß innerhalb der Gemeinschaften trotz mancher Fortschritte auf Einzelgebieten *die Durchführung der Sozialpolitik zu wünschen übrigläßt*. Insbesondere aus Kreisen der *Bergarbeiter* kamen Proteste dagegen, daß trotz der letzten Grubenkatastrophen die Maßnahmen für den Unfallschutz und für die Bekämpfung der Berufskrankheiten nicht vorankommen. Das wurde sehr nachdrücklich auf einer Pressekonferenz der Bergarbeiter-internationale unterstrichen, wo man sich vor allem darüber beklagte, daß auf europäischer Ebene die Unternehmer nicht zu Verhandlungen zu bewegen sind — man braucht das, weil Tarifforderungen nicht unter die Zuständigkeit der Montanunion selber fallen, das Bergarbeiterstatut also ohne eine solche Zusammenarbeit nicht zustande kommen kann.

Aber nicht nur auf diesem Gebiet liegen Hemmungen für die Entwicklung der Europafragen. Eine Debatte zu einem Nachtrags-haushalt gab dem Sprecher der sozialistischen Fraktion, *Kreyssig*, Anlaß, einmal mit allem Nachdruck hervorzuheben, daß der *Ministerrat*, die entscheidende Instanz der Gemeinschaften, derart weitgehend versagt, daß man ihn als einen *Bremsschloß auf dem Wege zu Europa* bezeichnen müsse. Dieser Ministerrat ist ja nicht etwa, wie sein Name vermuten läßt, eine Organisation, in der regelmäßig die Minister beraten — die fehlen oft ganz oder sind allenfalls durch Staatssekretäre vertreten, wenn nicht auch

diese einfach den Routinebeamten das letzte Wort anvertrauen. Es ist vielmehr eine regelrechte große Dienststelle mit derzeit über 300, demnächst rund 400 Beamten und Angestellten. Wenn also die „Kommissionen“ als Leitungsorgane völlig auf den EWG-Vertrag verpflichtet sind und von keiner Stelle, auch nicht von ihrer Heimatbehörde, Weisungen annehmen können, während sich das Straßburger Parlament aufopfernd um die Herausarbeitung europäischer Gesichtspunkte in den meist sehr komplizierten Einzelfragen bemüht, prallen in diesem Ministerrat die nationalstaatlichen und interessenbedingten Urteile noch einmal aufeinander.

Auf dieses Dilemma ist in diesen Spalten bereits hingewiesen worden. Es wäre wohl auch zu verkraften, wenn der Ministerrat die Vorarbeiten der Kommissionen und des Parlaments sorgsam prüfen würde. Das aber ist, wie jetzt bei den Etatfragen in einem Falle festgestellt werden konnte, sichtlich nicht der Fall — und dann kommt es zu den bekannten Verschleppungen, Verzögerungen oder gar offenen Unstimmigkeiten. Es ist gut, daß dieses Mißverhältnis einmal offen von der Tribüne des Parlaments her klar herausgestellt wurde. Ohne Europäer, auch wenn diese zufällig Minister sind, wird man Europa nicht aufbauen. Allenfalls kann man im Dienst einiger Gruppen einen hochvollendeten Perfektionismus herausarbeiten, der Ministerrat wird aber in den großen, ihm zur Entscheidung anvertrauten Fragen immer eine Bremse sein, solange er nur darauf hinzielt, die Durchführung der Vertragsziele zu verzögern und die grundlegenden Probleme an Gegensätzen der einzelnen Regierungsstellen scheitern läßt.

Artur Saturnus